

Stellungnahme zum Volksbegehren Artenschutz „Rettet die Biene“ in Baden-Württemberg

Dialog statt Konfrontation

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden setzt sich für den Artenschutz ein und unterstützt grundsätzlich das Anliegen des Volksbegehrens. Der derzeit beobachtete Rückgang von Insekten und insbesondere von Bienen wird mit Sorge betrachtet. Die Konsequenzen, die sich aus den geforderten Änderungen des Artenschutzgesetzes für die Landwirtschaft ergeben würden, sind jedoch nicht tragbar. Der Schutz von Insekten ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und nicht allein Aufgabe der Landwirtschaft. „Bei den LandFrauen sind Verbraucherinnen und Bäuerinnen aktiv. Ein Dialog über gangbare Wege zu mehr Artenschutz ist aus unserer Sicht zielführender als die Konfrontation und die Konsequenzen durch neue gesetzliche Regelungen,“ so Präsidentin Marie-Luise Linckh.

Bereits heute setzen Landwirtinnen und Landwirte zahlreiche Maßnahmen und Aktivitäten in der Landwirtschaft um, die dem Umwelt- und Artenschutz dienen. Hierzu gehören zum Beispiel die Ansaat von Blühflächen, ein reduzierter Pflanzenschutzmitteleinsatz oder vielfältige Fruchtfolgen. Dies geschieht unter anderem als Greeningmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds, Maßnahmen im Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT), Aktivitäten im Rahmen des Sonderprogramms biologische Vielfalt sowie der Aktion „BWblühtauf – gemeinsam für Artenvielfalt“. Diese Maßnahmen gilt es weiter zu entwickeln und hinsichtlich ihrer Effektivität für den Insektenschutz zu prüfen, bevor zusätzliche Auflagen diskutiert werden.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg erzeugen hochwertige und qualitätsvolle Nahrungsmittel. Diese Erzeugung in Einklang mit dem Arten- und Insektenschutz zu bringen, ist auch weiterhin eine Herausforderung, der sich die Landwirtschaft stellt.

Ein Weg dazu ist die ökologische Landwirtschaft, die in den letzten Jahren stetig gewachsen ist. Eine Steigerung auf 50 Prozent bis 2035 wird jedoch kritisch gesehen. Es bestehen Befürchtungen, dass durch eine massive Förderung des ökologischen Landbaus ein Überangebot von ökologisch erzeugten Lebensmitteln entsteht. Der dadurch zu befürchtende Preisdruck, kann die Existenz von Ökobetrieben gefährden.

Stellungnahme

Die Halbierung des Pestizideinsatzes in der konventionellen Landwirtschaft in wenigen Jahren und ein Verbot in Schutzgebieten führen zu massiven Problemen hinsichtlich der Qualität und Ertragsmenge. Sie würde insbesondere Familienbetriebe gefährden, die schon heute mit der zunehmenden Reglementierung und Bürokratisierung der Landwirtschaft kämpfen. In Betrieben mit langjährigen Dauerkulturen - wie zum Beispiel Obst- und Weinbau - ist zudem eine schnelle Anpassung zum Beispiel durch den Einsatz krankheitsresistenter Sorten nicht machbar.

Ein nachhaltiger Artenschutz ist nur zu erreichen, indem Verbraucher, Naturschutz, Politik und Landwirtschaft in einem Dialog zu gemeinsamen Ansätzen kommen. Welche Auswirkungen hätten die geforderten Änderungen des Artenschutzgesetzes? Diesen Dialog gestaltet der LandFrauenverband gerne mit. Gleichzeitig ist es wichtig, die Forschung zu den vielfältigen Ursachen des Insektenrückgangs zu fördern, um gesicherte Daten zu erhalten und effektive Maßnahmen zu den verschiedenen Ursachen zu entwickeln. Für eine weitere Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes sollte die wissenschaftliche Forschung in der Pflanzenzüchtung und beim integrierten Pflanzenschutz verstärkt werden.

Stuttgart, 18. September 2019